
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

UNIVERSITÄTSKLINIKUM GIESSEN-MARBURG

01.03.2012

Am Universitätsklinikum Gießen-Marburg sollen durch Fluktuation 500 der rund 10.000 Stellen abgebaut werden. Dazu erklärt Dr. Matthias BÜGER, hochschulpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion und MdL aus Mittelhessen:

„Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg (UKGM) ist ein privates Unternehmen und Teil der Rhön-Klinikum AG. Dass ein Krankenhaus privat geführt wird, ist nicht ungewöhnlich. Staat sowie Krankenkassen garantieren Standards bei der medizinischen und pflegerischen Versorgung. Der Krankenhausbetreiber entscheidet selbst, wie er diese Ziele erreicht. Wenn ein privates Krankenhaus durch eine schlanke Verwaltung, effiziente Abläufe und Einsatz moderner Technologie die erforderliche Leistung mit weniger Personal erreichen kann, gibt es keinen Grund, als Staat einzugreifen. Dies gilt auch im Fall des UKGM.

Insgesamt muss man festhalten, dass die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg für die Region Mittelhessen ein großer Gewinn ist. Insbesondere die Kliniken in Gießen waren um das Jahr 2000 so heruntergekommen, dass das Land mehrere hundert Millionen Euro hätte investieren müssen – Geld, das das Land Hessen nicht hatte. Damals drohte die Schließung. Die Rhön AG hat 350 Mio. Euro privates Geld investiert und damit den Standort Gießen durch Klinikneubauten nachhaltig gesichert. Dies hat in Mittelhessen die medizinische Versorgung auf ein Niveau angehoben, das ohne die Privatisierung nicht zu erreichen gewesen wäre. Das wird sich auch durch den geplanten Abbau von 500 der rund 10.000 Stellen durch Fluktuation nicht ändern, zumal dieser weitgehend schonend durch Nichtbesetzung freiwerdender Stellen umgesetzt werden soll.

Als Land Hessen werden wir sicherstellen, dass das private Klinikum weiterhin alle vorgeschriebenen Standards erfüllt, die Verträge einhält und die Zusammenarbeit mit der universitären Forschung weiter reibungslos verläuft. Wenn es im Einzelfall zu Interessenkonflikten kommt, werden wir diese austragen. Klar ist aber: Wir alle profitieren

von einer guten Patientenversorgung zu einem vertretbarem Preis. Deshalb sind Kostensenkungen im Gesundheitswesen im Interesse aller Bürger. Denn am Ende zahlen wir alle die Kostensteigerungen über unsere Krankenkassenbeiträge.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de